

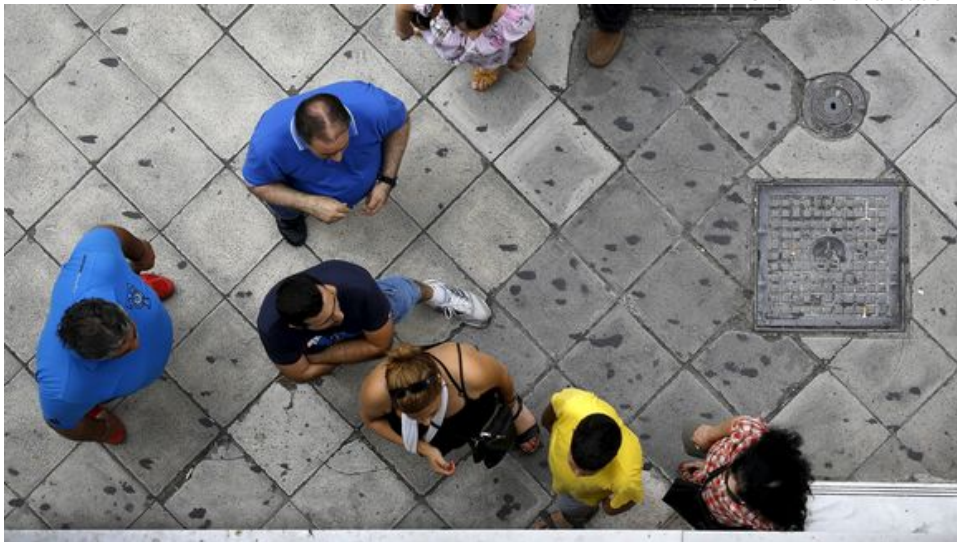
GRIECHENLAND

Kapitalismuskritik ist Selbstberuhigung

Im Unbehagen am Kapitalismus zeigt sich die Grundfrage der Moderne: Wie gehen wir mit Komplexität um? Das gilt nicht nur im Fall Griechenland.

VON Armin Nassehi | 07. Juli 2015 - 12:15 Uhr

© Yannis Behrakis/Reuters



Menschen stehen Schlange vor einem Geldautomaten in Athen.

Die Zeiten für Kapitalismuskritik waren nie besser. Ob die Krise Europas oder der Klimawandel, stets wird der Kapitalismus mit seiner Mischung aus Effizienz und Dynamik, einseitiger Gewinnorientierung und Grenzenlosigkeit als Kritikfokus und Kritikadresse ausgemacht. Solche Kritik hält den Kapitalismus für eine zurechnungsfähige Adresse und glaubt, damit einen Hebel angeben zu können, an dem man sich kritisch organisieren und orientieren kann. So kann man sich dann fragen, ob die europäische Rettungspolitik tatsächlich nur im Interesse der Banken und Konzerne operiert. Oder man kann wie Naomi Klein die plakative Alternative "Kapitalismus vs. Klima" zur Entscheidung stellen, deren Einfalt heilig zu nennen schon fast an Blasphemie grenzt.

Schon weil "der Kapitalismus" aber letztlich keine Adresse hat, bleibt der Diskurs etwa um die Griechenland-Krise in den langweiligen Alternativen zwischen staatlicher Regulierung und dem wirtschaftsliberalen Glauben an Selbstheilungskräfte von Märkten gefangen. Kapitalismuskritik arbeitet dann stets mit dem Glauben an die staatliche Regulierbarkeit ökonomischer Dynamiken. Vielleicht ist es ungerecht, diese Alternative langweilig zu nennen, denn letztlich ist es neben dem erstarkenden Nationalkonservativen die einzige Alternative, die die klassischen politischen Lager definiert.

Kapitalismuskritik ist deshalb die Mutter aller Kritik, weil der Kapitalismus letztlich die Chiffre für den Grundkonflikt der Moderne darstellt: einerseits mit den Gleichheitsversprechen der politischen Aufklärung umzugehen und andererseits mit den Ungleichheitseffekten des Ökonomischen. Der Kapitalismus lebt aber geradezu von den Eigentumsrechten, die in der politischen Aufklärung von Locke bis Hegel mit Gleichheitsversprechen verkoppelt waren. Und dass der moderne Staat stets in die Dynamik der ökonomischen Entfesselung eingegriffen hat, ist ebenso eine Binsenweisheit wie die Tatsache, dass nur jener Reichtum verteilt werden kann, der in einer wettbewerbsorientierten Wirtschaft anfällt.

Dieser Grundkonflikt der Moderne zwischen ökonomischer Dynamik und politischer Regulierung bleibt in den Traditionen ihrer eigenen Perspektiven hängen. Politik erlebt sich als kollektiver Handlungsträger und müht sich um die Einhegung der ökonomischen Ungleichheitsfolgen. Aus ökonomischer Perspektive wird dies als Handlungseinschränkung erlebt, weswegen hier die klassischen liberalen Semantiken der Abwehrrechte gegen staatliche Interventionen so populär sind. Kapitalismuskritik hat dann entsprechend einen Aufforderungscharakter an das politische System, die Entscheidungen individueller Spieler (oder wenigstens ihre Folgen) sozial verträglicher zu gestalten.

So weit, so bekannt – und tatsächlich so langweilig. Bisweilen scheint Kapitalismuskritik eher ein Mechanismus der Selbstberuhigung zu sein, weil sie als politisches Programm so tut, als sei der ökonomischen Dynamik tatsächlich mit den Mitteln der Regulierung beizukommen, die man dabei im Blick hat.

So hofft etwa Wolfgang Streeck auf kollektive Solidaritätsräume, in denen man Umverteilungen legitimieren kann – und kommt dann auf den Nationalstaat als einzigen Raum, in dem solche Solidaritätszumutungen von selbst funktionieren; wirklich linke Sozialwissenschaftler wie Ulrich Brand polemisieren gegen bloße Verteilungslinke und ergehen sich in sozialtechnologischen Metaphern des Gesellschaftsumbaus, das heißt einer zentral geplanten Form der ökologischen und sozialen Regulierung der Ökonomie; und Naomi Klein hofft auf eine zivilgesellschaftliche Massenbewegung als politischen Akteur, der das Klima gegen den Kapitalismus durchsetzen soll.

Kapitalismus heißt Maßlosigkeit

Womit kaum jemand rechnet, ist die gesellschaftliche Strukturdynamik selbst – man ist immer nur gefangen in dem Gedanken, dass man die Dynamik irgendwie kollektiv bindend steuern muss. Das Problem ist nur: Wer so argumentiert, gerät sofort in das Fahrwasser, die Kritik der Kapitalismuskritik dann doch nur wieder im Schema "Mehr oder weniger Regulierung" zu diskutieren. Das aber verharmlost nur, worum es geht. Vielleicht lohnt es sich ja, dem Kapitalismus genauer auf den Grund zu gehen.

ARMIN NASSEHI

Jahrgang 1960, ist Professor für Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München und Herausgeber des Kursbuchs. 2015 erschien im Murmann-Verlag:

Marx hat es im *Kapital* kurz und prägnant auf den Begriff gebracht: "Die Bewegung des Kapitals ist also maßlos." Kapitalismus heißt Wirtschaften um des wirtschaftlichen Gewinns willen – selbst wenn individuelle Motive des Wirtschaftens ganz und gar außerökonomischer Natur sein mögen. Ökonomisch möglich ist nur, was sich ökonomisch rechnet. Es ist letztlich die Maßlosigkeit des Kapitalismus, die seine ungeheure Produktivität und Problemlösungskapazität begründet wie auch seine negativen Folgen. Der Kapitalismus ist die Quelle von Wohlstand und Versorgung in einem historisch beispiellosen Rahmen – übrigens überall auf der Welt. Er ist wirklich eng verkoppelt mit den Freiheitsrechten, die in der schottischen Aufklärung nicht zufällig mit den Eigentumsrechten einhergingen.

Darüber kann nur spotten, wer aus den selbstgerechten und sicheren Welten einer mittelschichtorientierten Academia stammt. Dem Kapitalismus ist aber auch die Tendenz zur Ausbeutung von Ressourcen und Menschen eingeschrieben. Man muss nicht dem Ton und jedem Detail etwa dem *Schwarzbuch Markenfirmen* von Klaus Werner-Lobo folgen, um zu sehen, wie sehr auch namhafte Konzerne von jener Maßlosigkeit getrieben sind, die bisweilen verbrannte Erde hinterlassen, wenn die politischen Regime vor Ort nur korrupt genug sind, nicht dagegen vorzugehen. Wer daran vorbeisieht, kann kaum verstehen, warum es gerade der Kapitalismus ist, der geradezu zu einem Symbol für eine haltlos komplexe Gesellschaft geworden ist, deren Eigendynamik uns unkontrollierbar erscheint.

Den Kapitalismus kann man fast als eine Chiffre für diese Komplexität lesen. Man kann ihn adressieren, ohne von ihm zu erwarten, ein handlungsfähiger Akteur zu sein. Es stellt sich der Eindruck ein, dass eine generelle Kritik am Kapitalismus fast so etwas Ähnliches ist wie eine Kritik an der Komplexität der Gesellschaft, für die den Kritikern, auch den akademischen, die theoretischen Chiffren fehlen. Hier genau setzt übrigens bereits Marx an.

Sein Hinweis auf die Maßlosigkeit des Kapitals verweist auf exakt den Mechanismus, der moderne Gesellschaften ausmacht: Effizienz, Dynamik und Problemlösungskapazitäten dadurch freizusetzen, die einzelnen Handlungsbereiche der Gesellschaft von allzu starker wechselseitiger Kontrolle freizuhalten. Die alte Welt lebte davon, alles möglichst einem Schema, einem hierarchischen, möglichst konsistenten Gesamtmodell unterzuordnen. Modernisierung hieß stets, sich im Interesse eigener Maßlosigkeit von solchen Gesamtbeschreibungen zu emanzipieren.

Selbstmoralisierung und Verantwortung

Modernisierung hieß immer: Haltlosigkeit gegen die Grenzen der alten Welt durchzusetzen und aus Maßlosigkeit ganz neue Dimensionen zu erreichen – das galt im Positiven wie im Negativen. So ist der CO₂-Ausstoß ebenso exponentiell gestiegen wie die Zahl moralischer Diskurse, haben wissenschaftliche Erkenntnisse ebenso zugenommen wie Wirtschaftsaktivitäten; die Verschmutzung der Umwelt ebenso wie der Wert des einzelnen Menschen; Machtpotenziale ebenso wie ihre Kritik; Zivilisationskrankheiten ebenso wie medizinisches Wissen und medizinische Versorgung und nicht zuletzt das durchschnittliche Lebensalter; Niederlagen also ebenso wie Erfolge.

Modernisierung hieß tatsächlich immer: das Nebeneinander unterschiedlicher Maßlosigkeiten. Wir sind dabei aber stets auf das Ökonomische fixiert, weil es wie in Reinkultur diesen Trend zur Maßlosigkeit zum Programm erheben und das Fehlen von Stoppregeln zum eigenen Lebenselixier erklären kann. Man muss sich nur den ökonomischen Neusprech aus Exzellenz, Dynamik und Grenzenlosigkeit anhören, heute kombiniert mit einer markenkompatiblen Selbstmoralisierung von Verantwortung, Unternehmenswerten und Sozialmetaphern.

Übrigens sind Freiheit und Regulierung hier gar keine Gegensätze. Sie ermöglichen sich gegenseitig. Investitionspläne zum Beispiel und unternehmerische Strategien müssen sich selbst regulieren, um ihr Ziel zu erreichen, zugleich aber müssen sie auf maßlose Freiheit setzen, um Neues zu erschließen – Märkte, Produkte, Lösungen und so weiter.

Kapitalismus heißt: Risiken eingehen, in diese oder in jene Richtung, heißt aber auch, Risiken zu minimieren, um Ziele zu erreichen. Kapitalismus heißt: auf Evolution zu setzen und doch Pläne zu machen, Spekulation zu betreiben und sich gleichzeitig auf langfristige Investitionsmöglichkeiten einzulassen. All das kann der Kapitalismus nur, weil er auf wenig anderes Rücksicht nehmen muss als auf sich selbst. Wer darauf verzichten möchte, muss diese Problemlösungsdynamik erzwingen – ein Widerspruch in sich.

Ein großes Tabu

Anderen Bereichen der Gesellschaft steht diese selbstbewusste Form, die eigene Maßlosigkeit zum expliziten Programm zu erheben, weniger zur Verfügung – aber faktisch leben all diese auch von dieser immensen Steigerung von Optionen: Wissenschaft beschäftigt sich oft mit Problemen, die es ohne sie nicht gäbe. Wissenschaftliche Erkenntnis ist kaum regulierbar und planbar und lässt sich vor allem nicht durch mögliche Folgen der Erkenntnis regulieren. Massenmedien bilden die Welt nicht ab, sondern steigern ihre Optionen dadurch, dass schlicht alles berichtet werden kann, was man berichten kann – und noch mehr. Die moderne Kunst ist maßlos in ihren ästhetischen Möglichkeiten – was man ebenso schätzen wie darunter leiden kann. Religion wird spätestens dort maßlos, wo nicht alles religiös geregelt werden kann. Die Maßlosigkeit der Informationstechnik ist inzwischen sprichwörtlich.

Was hier nur angedeutet werden kann: Man verfehlt die Struktur der modernen Gesellschaft fundamental, wenn man nicht sieht, dass die ökonomische Maßlosigkeit und Optionssteigerung nur die sichtbarste Variante unter anderen ist. Die Emanzipation der Wissenschaft und der Kunst, der Religion und nicht zuletzt der privaten Lebensführung ist nur ein paralleler Aspekt dieser Etablierung von Maßlosigkeit und fehlenden Stoppregeln. Deshalb kann man Gesellschaften heute eben nicht mehr als eine Gemeinschaft von Leuten oder als sozial integrierte handlungsfähige Einheiten begreifen.

All das sind Chiffren der Selbstberuhigung: Würden wir nur vernünftig und würden wir zu konsentierbaren Zielen gelangen, ließe sich diese Komplexität der Gesellschaft bewältigen – so lautet die Ideologie der Selbstberuhigung. Dass es den systematischen Ort, von dem her sich das Ganze als Ganzes erschließt, aus strukturellen Gründen nicht gibt und nicht geben kann, muss unbedingt unsichtbar bleiben. Es darf nicht genannt werden. So etwas nennt man ein Tabu.

Ein noch größeres Tabu ist übrigens, dass dieser Mechanismus der Selbstbezüglichkeit des Kapitalismus weltweit mehr Wohlstand und Entwicklungsmöglichkeiten hervorgebracht hat, als es dies je gegeben hat, selbst wenn sich europäische Standards rechtlicher und ökonomischer Sicherheit nicht gleich durchsetzen lassen.

Der größte Fehler, damit auch der größte Fehler aller Kapitalismuskritik ist es wohl, an jene Selbstberuhigung zu glauben, die die Domäne des Politischen ist: der Dynamik der Gesellschaft mit kollektiv bindenden Willenserklärungen beizukommen. Das bedeutet keineswegs, dass politisches Handeln bedeutungslos wäre – das wäre eine naive Perspektive.

Nur hält sich die Gesellschaft selten an jene klaren Kausalitäten, die man sich politisch gerne zurechnet: dass etwa eine regulierende Wirtschaftspolitik tatsächlich mehr soziale Gerechtigkeit schafft, dass Austeritätspolitik automatisch für ökonomische Dynamik sorgt und dass eine Bürokratisierung von Universitäten wissenschaftliche Exzellenz planbarer macht. Politische Debatten lösen in erster Linie das Problem, kollektiven Willen zu organisieren, nicht Sachprobleme zu lösen. Nur so ist zu erklären, dass wir gerne ein Demokratiedefizit diagnostizieren, wenn Sachprobleme im Vordergrund stehen. In dieser Art der behaupteten Kausalitäten ist das politische System tatsächlich maßlos.

Man kann also wissen, dass auch das politische System Maßlosigkeiten kennt – man kann es nur dann nicht wissen, wenn man daran glaubt, dass Gesellschaften tatsächlich politisch gesteuert werden könnten. Auch Politik orientiert sich an seinen eigenen Möglichkeiten, am Algorithmus der Wählbarkeit, an der Durchsetzung politischer Strategien und am Ausreizen der eigenen Optionen.

"Postdemokratie" und "Neoliberalismus"

Ein vorsichtiger Blick ins 20. Jahrhundert sollte genügen, um Optionssteigerungen des Politischen zu entdecken. Aber auch in demokratischen Politiksystemen gilt, dass sich politische Handlungsoptionen nur im Rahmen ihrer politischen Durchsetzbarkeit ergeben. Nur ein aktuelles Beispiel: Dass Griechenland mit seiner maroden Wirtschaft und seinen noch maroderen staatlichen Strukturen überhaupt in den Euroraum aufgenommen wurde, war ja keine Entscheidung der Konzerne oder der Banken, sondern eine politische Entscheidung – von griechischer Seite flankiert mit Bilanzfälschungen, von europäischer Seite flankiert durch kunstvolles Wegsehen, um bloß keine unkontrollierbaren Debatten über die Integrität Europas und seines Währungsraums führen zu müssen. Kritiker des "Neoliberalismus" nennen das "Postdemokratie", also den Verlust politischer Handlungsfähigkeit, dabei geht es doch mehr um mangelnde Urteilskraft.

Politik muss eben dort "investieren", wo sie kann – und hat eben das politische Geschäft betrieben. Wenn jetzt Sanierungspläne für Griechenland zugrunde gelegt werden, die von stabilen Wachstumsraten in den nächsten Jahren ausgehen, kann jedermann wissen, dass das an jeder Realität vorbeigeht. Aber politisch funktioniert es, ebenso wie die Austeritätsfixierung, die sich nicht sachlich, aber "politisch" viel besser vermarkten lässt als eine Diskussion über die interne Struktur der griechischen Wirtschafts-, Steuer- und Sozialverwaltung – was ja nur ein Hinweis darauf ist, wie komplexe Systeme Halt in ihrer Maßlosigkeit finden können.

Die Griechenland-Krise ist geradezu eine Parabel auf die Gleichzeitigkeit und das Nebeneinander unterschiedlicher dynamischer Logiken der Gesellschaft. Wahrscheinlich wäre ein Grexit die ökonomisch klügste Lösung für das Land, weil nur so Anreize für neue Investitionen entstehen könnten, innerhalb des Landes für bezahlbare Waren und Dienstleistungen zu sorgen. Gegeben, dieses Argument würde stimmen, so wäre der Grexit aus politischen Gründen womöglich eine eher unkluge Lösung, denn dies hätte womöglich erhebliche Folgen für die Massenloyalität in Griechenland und würde die Integrität der EU angreifen.

Sehr vereinfacht dargestellt wird schon deutlich, dass Richtig und Falsch gleichzeitig falsch und richtig sein kann. Und selbst wenn man den ökonomisch richtigen Grexit allein ökonomisch betrachten würde, hätte er wahrscheinlich zur Folge, dass es innerhalb Griechenlands zu neuen Ungleichheitseffekten kommen würde, denn diejenigen Griechen, die ihr Geld bereits im Ausland haben, könnten sich dann das Land geradezu zum Discountpreis zurückkaufen. Letztlich entstehen also überall Optionen, die Kontrolle und Freiheit gegeneinander ausspielen und ungewollte Effekte erzeugen.

Wenn man den Kapitalismus ernst nehmen will, muss man ihn vielleicht von der Ökonomie lösen und lernen, dass nicht nur, wie Marx schrieb, das Kapital maßlos ist, sondern auch die wissenschaftliche Erkenntnis und die ästhetische Darstellung, die mediale Repräsentation der Welt und ebenso ihre technische Formierung, die religiöse Anspruchsinflation und die

Selbstzurechnung des Politischen als Steuerungszentrum der Gesellschaft. Man könnte sagen: All diese Bereiche werden in einem weiteren Sinne "kapitalistisch".

Am Ende stehen Zwangsverhältnisse

Wenn es stimmt, dass der Kapitalismus Wirtschaften um des wirtschaftlichen Gewinns willen meint, dann findet sich Ähnliches tatsächlich in wissenschaftlichen, religiösen, künstlerischen und nicht zuletzt politischen Belangen. Das Wunderbare und Kreative, das Befreiende der Moderne besteht darin, in großer Haltlosigkeit für immer wieder neue Problemlösungen zu sorgen, für immer wieder neue Konstellationen von Selbstkontrolle und Entfesselung, von Spekulationen und Festlegungen. Wir müssen uns daran gewöhnen, dass es diese Zugzwänge sind, die die unterschiedlichen Logiken der Gesellschaft einerseits unabhängiger voneinander machen, andererseits die wechselseitige Einwirkung enttrivialisieren.

Der große Traum der linken Kapitalismuskritik ist am Ende dann doch eine fordistische Organisationsform, die wenigstens dafür sorgen kann, dass Koordination dadurch gelingt, dass sich die Teile zugunsten eines Ganzen einschränken. Dass das am Ende in Zwangsverhältnisse führen muss, kann man gerade an Organisationen sehen, die ja nur dadurch funktionieren, dass ihren Mitgliedern weniger Handlungsspielräume zur Verfügung stehen als außerhalb. Schon in Organisationen funktioniert dieser Fordismus aber nicht mehr – in Gesellschaften erst recht nicht.

Ich habe die ökonomische Kapitalismuskritik eine selbstberuhigende Kritik genannt. Sie tut so, als könne man die Eigendynamik der Gesellschaft politisch eingrenzen, und übersieht, dass Politik selbst "kapitalistisch" ist – nicht in dem banalen Sinne, dass auch Staaten ökonomische Akteure sind. "Kapitalistisch" in diesem übertragenen Sinne ist Politik deshalb, weil auch sie Optionen prüfen muss und letztlich nicht gegen die eigene Logik Politik betreiben kann. Nicht nur das Kapital, auch Politik ist maß- und haltlos – und bei aller Komplexitätssteigerung und Unübersichtlichkeit kann es keine Option sein, auf diese Haltlosigkeit zu verzichten.

Vielleicht müssen wir uns daran gewöhnen, uns das Phänomen ganz anders vorzustellen als mit unserer merkwürdigen Überschätzung der politischen Regulierbarkeit der gesellschaftlichen Dynamik, wie wir sie seit dem Beginn moderner Nationalstaatlichkeit seit Beginn des 19. Jahrhunderts imaginieren. Kapitalismuskritik jedenfalls in ihrer bekannten Form verharmlost die Eigendynamik einer Gesellschaft, die sich nicht mehr durch Appelle an die Einsicht in kollektive Notwendigkeiten einfangen lässt – eben weil dies nur eine der dynamischen Logiken der Gesellschaft ist.

Der akademischen Kapitalismuskritik scheint das eher indirekt aufzufallen. Sie kapriziert sich schon länger nicht mehr auf gesellschaftstheoretische Überlegungen über die Struktur der Gesellschaft, entdeckt aber die "kapitalistische" Logik der gesellschaftlichen Eigendynamiken indirekt an den Individuen. Sie entdeckt, dass Individuen nicht mehr

in klaren Gruppenzugehörigkeiten und Rollensets "aufgehoben" werden, sondern sich ebenfalls in jenem Spiel von Selbstregulierung und -befreiung vorfinden. Erzählt wird diese Geschichte aber nicht als Ausgang aus den Fesseln einer strengen sozialen Struktur, sondern als das Gegenteil. Byung Chul Han etwa rekonstruiert dies als Wandel von der Fremd- zur Selbstausbeutung.

Das "unternehmerische Selbst"

Es ist eine merkwürdige Kritik, die dem ausgebeuteten Arbeiter früherer Tage insofern eine besondere Würde verleiht, als dieser zwar ausgebeutet, aber nicht wirklich korrumpiert werden konnte, denn bis zu seiner inwendigen Disposition ist der Kapitalismus gar nicht recht vorgezungen – weswegen man sich dieses ausgebeutete Subjekt auch als revolutionäres Subjekt vorstellen konnte.

Nun verschwinde selbst dieses letzte Residuum, werde zum "unternehmerischen Selbst", wie die weitverbreitete Formel lautet – gemeint ist das Unternehmerische denunziatorisch. Feministische Kritik entdeckt, dass Mutterschaft oder Elternschaft nun ein "Projekt" werde usw. Der Fokus solcher Kritik ist keine linke Kapitalismuskritik im engeren Sinne mehr, sondern eine Kritik, die sich an der Emanzipation von Eigendynamiken abarbeitet, die man auch an den konkreten Individuen wiederfindet. Was aber ist der Maßstab der Kritik? Dass alles bereits geregelt ist? Dass doch Normallebensläufe vorstrukturiert werden? Dass es enge und strenge normative Regeln fürs Leben geben soll? Dass es nicht das Selbst ist, das seine Vermögen investiert, sondern ein Außen?

Was hier nicht gesehen wird, ist eben die Gleichzeitigkeit von Freiheit und Regulierung, die für eine Gesellschaft charakteristisch ist, die "kapitalistisch" nicht nur im ökonomischen Sinne ist, sondern im Sinne der Entkoppelung von Sinnsphären und Logiken. Vielleicht muss man vor Kapitalismus gar nicht warnen, sondern Formen erfinden, mit dieser Gleichzeitigkeit von Freiheit und Regulierung umzugehen – nicht nur ökonomisch wohlgerneht!

Es fehlt der Adressat

Wir sind offensichtlich erst am Anfang, dies wirklich zu begreifen, und brauchen eine viel radikalere Form der Diagnose als jene am Ende dann affirmative Kapitalismuskritik, die immer schon weiß, wo der Hebel zu suchen ist, und im eigenen Scheitern nur einen Beweis für ihre Diagnose sieht.

Ob solche radikalisierten Diagnosen noch die traditionelle Form der Kritik haben können, muss sich erweisen, denn es fehlt der Adressat. Dass die Verhältnisse sich aber viel radikaler darstellen, als es die brave Kapitalismuskritik darstellt, dafür gibt es kaum narrative Formen. Übrigens auch nicht dafür, darin Potenziale für Lösungsstrategien sehen zu können, die moderierend und übersetzend mit den unterschiedlichen Dynamiken umgehen, ohne darin affirmativ zu sein. Wie man das ins Politische übersetzen soll, sei

dahingestellt. Man könnte es liberal nennen, wenn man darunter eine Sensibilität für die Differenz unterschiedlicher Handlungsperspektiven versteht. Aber solche Begriffe enthalten zumeist dann doch zu viel Geschichte und Eigensinn.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/kultur/2015-07/kapitalismuskritik-selbstberuhigung-armin-nassehi>